

Spieglein, Spieglein an der Wand,
wer bestimmt im ganzen Land?

VOLKSENTSCHEID – BUNDESWEIT!

Die drei Forderungen von Mehr Demokratie

1. Forderung: Volksgesetzgebung

Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide

Hier kommt der politische Vorschlag aus der Mitte des Volkes. Bis der Vorschlag Gesetz werden kann, sind drei Stufen zu überwinden: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – erläutert in der nebenstehenden Zeichnung.



Konkreter Vorschlag für die Volksgesetzgebung (zu 1.)

Bürgerinnen und Bürger erarbeiten einen Gesetzentwurf oder einen politischen Vorschlag. Dabei können sie all das zum Thema machen, das auch Sache des Bundestages ist.

2. Forderung: Fakultative Referenden

Volksbegehren, mit denen verlangt werden kann, Gesetzentwürfe und Entscheidungen des Bundestages per Volksentscheid zu überprüfen

Gesetze, die vom Bundestag verabschiedet werden, sollen erst nach 100 Tagen in Kraft treten. Wird in dieser Zeit ein Volksbegehren gegen das Gesetz gestartet und kommen 500.000 Unterschriften zusammen, muss das Gesetz vors Volk. Erst wenn das Gesetz bei einem Volksentscheid die Mehrheit der Stimmen erhält, tritt es in Kraft – wenn nicht, dann nicht.



Für eine **Volksinitiative** sind 100.000 Unterschriften zu sammeln.



Der Vorschlag wird im Bundestag behandelt. Die Initiative hat Rederecht. Lehnt der Bundestag den Vorschlag ab, kann ein Volksbegehren beantragt werden.



Bestehen Zweifel an der Verfassungsgemäßheit des Vorschlages, kann die Bundesregierung oder ein Drittel des Bundestages das Bundesverfassungsgericht anrufen.

3. Forderung: Obligatorische Referenden

Zwingend stattfindende Volksentscheide, wenn Kompetenzen auf die EU übertragen werden und wenn das Grundgesetz geändert werden soll

Änderungen des Grundgesetzes, die der Bundestag beschlossen hat, müssen zwingend vom Volk bestätigt werden. Gibt der Bundestag Kompetenzen auf EU-Ebene ab, muss auch hier das Volk zustimmen.



Für ein **Volksbegehren** sind eine Million Unterschriften notwendig, für grundgesetzändernde Volksbegehren 1,5 Millionen.



Volksentscheid: Der Bundestag kann einen Alternativvorschlag mit zur Abstimmung stellen. An alle Haushalte geht ein Abstimmungsheft. Es entscheidet die einfache Mehrheit. Grundgesetzändernde Volksentscheide benötigen außerdem das „Ländermehr“, eine Mehrheit in den Bundesländern.



„Spieglein, Spieglein an der Wand - Wer bestimmt im ganzen Land?“

Klar, an einem Wahltag sind *wir* das. Und danach bestimmen die, die wir gewählt haben. Und wir bleiben außen vor. Wir können ja in ein paar Jahren wieder ein Kreuz machen.

Was aber ist zwischen den Wahlen? Da können wir Politiker ansprechen, Leserbriefe schreiben, notfalls demonstrieren gehen. Gut so. Aber egal, was wir vorbringen,

die Politiker entscheiden, wie sie damit umgehen. Und das ist nicht genug. Wir als Bürgerinnen und Bürger sollten, wenn wir mögen, jederzeit das erste und das letzte Wort haben können: Wir sollten Themen zur Abstimmung bringen können, die von der Politik nicht aufgegriffen werden. Und wir sollten Politik korrigieren können. Dann werden wir nicht nur zur Kenntnis, sondern auch ernst genommen.

Aber was es in Kommunen und auf Landesebene ganz selbstverständlich gibt, wird uns auf Bundesebene vorenthalten: Volksabstimmungen. Dabei steht im Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen *und Abstimmungen*... ausgeübt.“

Die direkte Demokratie kann die Politik beflügeln, weil klarer wird, was uns umtreibt. Aber sie kann auch uns selbst beflügeln, denn wer mitbestimmen kann, interessiert sich für Politik und wendet sich nicht ab. Wer spürt, dass er etwas bewegen kann, wird sich verantwortlich fühlen für die Gestaltung der Gesellschaft. Wem zugetraut wird, sich einzubringen, wird die Demokratie verteidigen.

Schauen wir in den Spiegel, erkennen wir uns selbst, was in uns steckt, was uns ausmacht, was uns aufrecht gehen lässt! Lassen Sie uns gemeinsam eintreten für unsere Bürgerrechte. Es ist Zeit für den bundesweiten Volksentscheid.

Mehr Demokratie - der Name ist Programm. Seit 1988 engagiert sich der Verein für die Vervollständigung der Demokratie in Deutschland. Ganz so wie es im Grundgesetz Art. 20 vorgesehen ist: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen... ausgeübt“. Damit die Bevölkerung auch abstimmen kann, braucht es geeignete Regeln auf allen politischen Ebenen.

Mehr Demokratie hat:

- 35 Volksinitiativen und Volksbegehren sowie fünf Millionen Unterschriften auf der Straße für die Weiterentwicklung der Demokratie gesammelt,
- 30 Mal Mitbestimmungsrechte gestärkt, die in Landesverfassungen oder Gesetzen verankert wurden.
- 2016 die mit 125.000 Unterstützer/innen bislang größte Verfassungsbeschwerde gegen das Investitionsschutzabkommen CETA eingereicht und die 3,5 Millionen Unterschriften starke EU-Bürgerinitiative zu CETA & TTIP mit initiiert.

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

PRO

Vertrauensverlust aufhalten

Die Unzufriedenheit wächst. 2016 vertrauten gerade einmal 44 Prozent der Bürger/innen dem Bundestag, den politischen Parteien sogar nur 19 Prozent. Können die Menschen durch Volksabstimmungen bei einzelnen Themen direkt entscheiden und aktiv die Gesellschaft mitgestalten, kann Vertrauen in unser demokratisches System wieder wachsen.

Wählen allein reicht nicht

Nur alle paar Jahre ein Kreuz zu machen, ist eine demokratische Unterforderung. Nicht umsonst gibt es in allen Bundesländern die direkte Demokratie. Mehr als 7.000 Bürgerbegehren in den Kommunen und rund 325 direktdemokratische Initiativen auf Landesebene gab es bisher. Das zeigt: Dort, wo es faire Mitbestimmungsrechte gibt, werden sie genutzt. Mehr noch, mit einer lebendigen Praxis verändert sich auch die politische Kultur: Bürgerengagement wird geschätzt und Bürgermeinung ernst genommen.

Politiker achten mehr auf die Bevölkerung

Allein die Möglichkeit, dass Bürger/innen etwas zur Abstimmung bringen könnten, wirkt wie ein Damoklesschwert über den Gewählten. Das sorgt dafür, dass Volksvertreter/innen dauerhaft früher informieren, mehr mit der Bevölkerung reden und weniger über unsere Köpfe hinweg entscheiden, schon allein um einem Volksentscheid vorzubeugen.



Volksentscheide weniger anfällig für Lobbyismus

Lobbyismus lebt davon, dass ein kleiner Kreis von Entscheider/innen im direkten Gespräch überzeugt werden soll. Bei Volksabstimmungen hingegen obliegt die Entscheidung allen Stimmberechtigten und es wird öffentlich diskutiert. Eine gezielte Beeinflussung ist so viel schwerer möglich.

Die Seele der direkten Demokratie ist das Gespräch

Internet und Social Media stärken den Austausch, es bilden sich jedoch auch leichter Blasen, in denen alle ähnliche Meinungen haben. Die Sammlung von Unterschriften für ein Volksbegehren ist nicht online möglich. Das Anliegen muss in die Öffentlichkeit getragen und im direkten Gespräch Millionen Menschen vorgestellt werden. So rückt die Debatte über Pro und Contra-Argumente in die Mitte der Gesellschaft!

Neue Themen machen Karriere

Mit der direkten Demokratie rücken neue Ideen und Konzepte in den Bereich des Machbaren. Das belebt politische Debatten und kann verkrustete „alternativlose“ Politik aufbrechen. Im Verfahren der dreistufigen Volksgesetzgebung zeigt sich, ob es für das Anliegen einen Rückhalt in der Bevölkerung gibt und die Frage so wichtig ist, dass sie dem gesamten Volk zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Hohe Legitimation für schwierige Weichenstellungen

Mit Volksentscheiden werden grundsätzliche Weichenstellungen, die sich auf spätere Generationen auswirken, auf eine breite Basis gestellt und eher akzeptiert. So lassen sich auch Reformen angehen, die von der Politik sonst eher gemieden werden. Bürger/innen sind nicht an einer kurzfristigen Politik interessiert, sondern wollen langfristige Lösungen.

CONTRA

mit einer Erwiderung von Mehr Demokratie

Man kann nicht dauernd über alles abstimmen

Auch bei einer gut ausgebauten direkten Demokratie werden 99 Prozent der Gesetze vom Parlament beschlossen. Die repräsentative Demokratie bleibt der Normalfall, die direkte Demokratie die Ausnahme. Schließlich bedeutet ein Volksbegehren erheblichen Aufwand. Die direkte Demokratie wird nur genutzt, um die offizielle Politik zu korrigieren oder Themen zu setzen, die vom Parlament nicht aufgenommen werden.

Ja/Nein-Entscheidungen sind zu simpel

Gemeint ist, dass im Bundestag bis unmittelbar vor der Ja/Nein-Entscheidung die Vorlage noch geändert werden kann. So flexibel geht es bei einem Volksentscheid nicht zu. Aber Bundestag und Initiative können einen Kompromiss aushandeln. Auch kann bei einem Volksentscheid das Parlament einen Alternativentwurf mit zur Abstimmung stellen.

Die Bundespolitik ist zu komplex

„Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß oder zu kompliziert sind“, so der 1986 ermordete schwedische Ministerpräsident Olof Palme. „Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan.“ Die direkte Demokratie gibt einen Anstoß, komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen.

Rechtsextreme könnten die direkte Demokratie nutzen

In der Tat stehen die demokratischen Instrumente allen in der Gesellschaft zur Verfügung. Jede und jeder kann in einer Demokratie mit einem Volksbegehren eine Frage stellen. Zur Antwort aber ist das ganze Volk aufgerufen. Extreme Positionen setzen sich dabei nicht durch. Aber Unangenehmes kommt ans Licht und kann gesellschaftlich bearbeitet werden. Im Übrigen: Weder Wahlen noch Abstimmungen sind verantwortlich für den Zustand einer Gesellschaft, sie spiegeln ihn nur.

Anfälligkeit für Populismus

Der Populismus habe Konjunktur und ein Ausbau der direkten Demokratie sei gerade deshalb gefährlich. Ja, durch das Internet lassen sich unbelegte Behauptungen schnell verbreiten und es lässt sich Stimmungsmache organisieren. Umso wichtiger ist es, dass wir als Gesellschaft unsere Medien- und Debattenkompetenz trainieren. Die direkte Demokratie kann

das befördern: Von der ersten Unterschriftensammlung bis zum Volksentscheid sind viele Monate Zeit für die Diskussion. Und vor einer Abstimmung soll es eine Broschüre mit Pro- und Contra-Argumenten an alle Stimmberechtigten geben. So trägt die direkte Demokratie zur Versachlichung bei und Populisten werden entlarvt.

Minderheiten werden benachteiligt

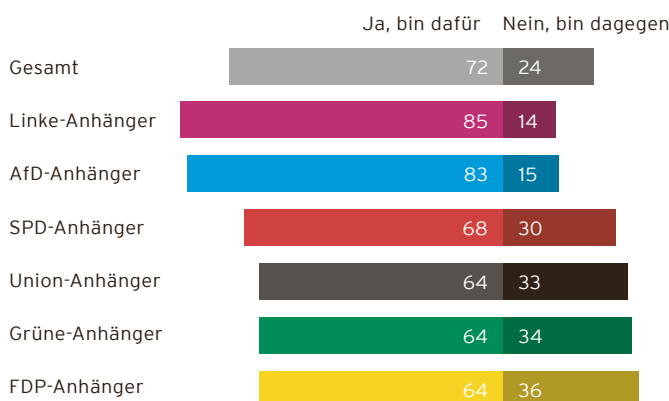
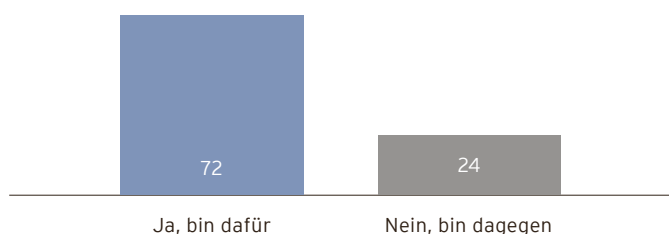
Im Gegenteil: Mit der direkten Demokratie haben Minderheiten eine echte Chance, ihre Themen in den politischen Raum zu tragen. Volksinitiativen, die darauf abzielen, Grundrechte einzuschränken, würden von vornherein gestoppt. Es soll eine „vorbeugende Normenkontrolle“ geben: Regierung und Parlament können eine Volksinitiative vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen. Ein Volksbegehren zum Minarettverbot, wie in der Schweiz, wäre damit ebenso wenig denkbar wie die Einführung der Todesstrafe.



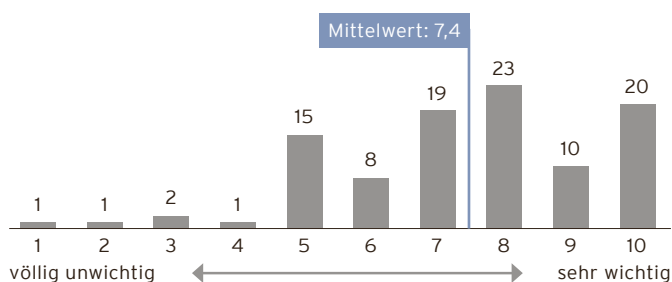
„DIE DA OBEN MACHEN DOCH SOWIESO WAS SIE WOLLEN.“

So? Wieso? Volksentscheid - bundesweit!

Volksabstimmung auch auf Bundesebene?



„Die Einführung des Rechts auf Volksabstimmung auch auf Bundesebene ist mir ...“



Für die Einführung bundesweiter Volksentscheide ist eine Grundgesetz-Änderung nötig und für die braucht es eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. SPD, B90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und AFD sind aktiv dafür und auch die FDP hat sich seit ihrer letzten Pro-Positionierung nicht dagegen ausgesprochen. Bei der CSU waren in einer Mitgliederbefragung 68,8 Prozent der Teilnehmenden für die Aufnahme bundesweiter Volksentscheide in das CSU-Programm. Nur die CDU blockiert noch grundsätzlich. Damit stellt sie sich als einzige gegen die eigene Wählerschaft, die Volksentscheide mit 64 Prozent ebenfalls mehrheitlich befürwortet.

Für uns Bürgerinnen und Bürgern gilt jetzt: die Stimme erheben! Jede einzelne Politikerin und jeder einzelne Politiker soll merken, dass wir nicht länger warten wollen: Schreiben Sie die Kandidierenden aus Ihrem Wahlkreis persönlich an, sprechen Sie sie in der Bürgersprechstunde oder am Wahlkampfstand direkt an, halten Sie auf den Wahlkampfveranstaltungen Schilder mit der Forderung nach Volksentscheiden hoch. Mehr Mitbestimmungsrechte bekommen wir nur, wenn wir sie uns nicht länger vorenthalten lassen!



„Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide gehören in die Verfassung. Die Rechte von Minderheiten sowie Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien müssen dabei garantiert bleiben.“

Simone Peter, Bundenvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, am 19. April 2017



„Ich bin der Auffassung, dass Volksentscheide auch bei bundespolitischen Fragen möglich sein sollten. [...] Wir sollten auch vor heiklen Fragen keine Angst haben und die Debatten nicht den Populisten überlassen“.

Heiko Maas (SPD), Bundesjustizminister, am 27. November 2016 in DIE ZEIT



„Eines ist für mich klar. Bloß weil mir eine Entscheidung nicht gefällt, dem Bürger zu verweigern, dass er entscheiden kann, ist meiner Meinung nach undemokratisch. Wer dem Volk nicht vertraut, braucht auch nicht zu erwarten, dass das Volk ihm vertraut.“

Markus Söder (CSU), Bayerischer Finanzminister, am 31. Oktober 2016 in „Hart aber fair“



„Es geht darum, sich im Vorfeld gut zu informieren, abzuwägen und am Ende eine Entscheidung zu treffen. Selbstverständlich traue ich ebendieses in Grundsatzfragen auch dem Bürger zu. Leider haben wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten zwei Chancen vertan, direkte Demokratie in der Bundesrepublik einzuführen.“

Petra Pau (DIE LINKE), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, am 16. Februar 2017 auf Telepolis

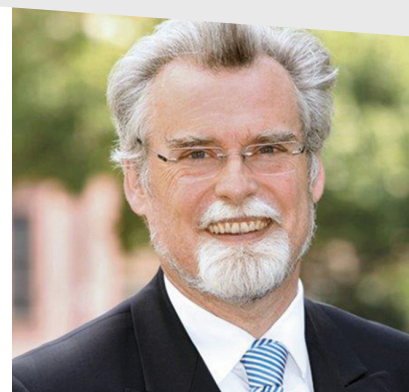


„Ich würde die Einführung von Elementen direkter Demokratie auf Bundesebene begrüßen. Entscheidungen, die unmittelbar durch das Volk getroffen werden, müssen nicht schlechter sein als parlamentarische Entscheidungen. Wer Angst vor dem Volk hat, müsste konsequenterweise die Demokratie abschaffen.“

Herbert Mertin (FDP), Rheinland-Pfälzischer Justizminister, am 11. April 2017 gegenüber Mehr Demokratie e.V.

„Voraussetzung für eine starke Demokratie sind Parlamente, Kreistage sowie Gemeinde- und Stadträte, die die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Gleichzeitig müssen wir unsere Demokratie lebendiger machen, die Menschen wieder mehr für politische Beteiligung gewinnen und das Miteinander in unserer Gesellschaft in den Vordergrund rücken. Dazu gehören sowohl dialogorientierte Formen der Bürgerbeteiligung als auch Möglichkeiten der direkten Demokratie.“

Stanislaw Tillich (CDU), Sächsischer Ministerpräsident, am 11. April 2017 gegenüber Mehr Demokratie e.V.



MITMACHEN AB 24. SEPTEMBER!

Zur Bundestagswahl geben wir unsere Stimme ab – und holen sie uns wieder zurück!

Am Tag der Bundestagswahl starten wir eine groß angelegte Unterschriftensammlung. Egal welche Parteien dann am Verhandlungstisch sitzen: Wir fordern sie auf, bundesweite Volksentscheide in den Koalitionsvertrag zu schreiben!

Ein großes Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen ist geschmiedet: Alle ziehen an einem Strang! Bitte helfen auch Sie mit. Hier können Sie ab 24. September unterschreiben:

www.volksentscheid.de

Sprechen Sie bitte auch Ihre Freund/innen, Bekannten und Verwandten auf eine Unterschrift an. Wenn Sie beim Sammeln der Unterschriften helfen wollen, tragen Sie sich bitte ein unter:

www.mehr-demokratie.de/sammeln.html

Wir senden Ihnen rechtzeitig Unterschriftenlisten und Infos zu.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige Land in Europa, das noch nie einen Volksentscheid über ein bundespolitisches Thema erlebt hat. In anderen Ländern wurde beispielsweise schon abgestimmt über:

- Atompolitik (Italien)
- Grundeinkommen (Schweiz)
- Homo-Ehe (Irland)
- Kinderrechte (Irland)
- Managergehälter (Schweiz)
- Militärausgaben (Schweiz)
- Rentenfinanzierung (Uruguay)
- Sonntagsschutz (Slowenien)
- Studiengebühren (Ungarn)
- Wasserversorgung (Italien)

Natürlich setzen sich nicht alle Initiativen durch. Es kommt auch nicht nur auf das Ergebnis einer Abstimmung an. Jede Initiative lädt in der Gesellschaft zur Diskussion und zur Meinungsbildung ein. Es geht um die intensive Auseinandersetzung mit einem Thema.

MITMACHEN AB SOFORT!



Genauso vielfältig wie die Menschen sind ihre Gründe für den Wunsch abzustimmen. Warum würden Sie gerne abstimmen? Zeigen Sie Gesicht! Das können Sie ab sofort: Einfach Ihr eigenes Kurz-Video mit dem Smartphone oder einer Foto-Kamera aufnehmen und hochladen unter:

www.ich-will-abstimmen.de



Mehr Demokratie e. V.
Greifswalder Str. 4 · 10405 Berlin
Fon 030-42 08 23 70
Fax 030-42 08 23 80
info@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE52 7002 0500 0008 8581 00

Redaktion: Ralf-Uwe Beck, Sarah Händel, Roman Huber, Anselm Renn,
Titel: AUTOMATICOSTUDIO.CH
Gestaltung: www.change-ahoy.de

Juni 2017